

TE Lvwg Beschluss 2026/3/4 LVwG 90.11-1026/2026

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 04.03.2026

Entscheidungsdatum

04.03.2026

Index

10/01 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG)

10/10 Grundrechte, Datenschutz, Auskunftspflicht

Norm

InformationsfreiheitsG 2025 §11 Abs2

B-VG Art22a

B-VG Art118

1. B-VG Art. 22a heute
2. B-VG Art. 22a gültig ab 01.09.2025 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 5/2024
1. B-VG Art. 118 heute
2. B-VG Art. 118 gültig ab 01.01.2020 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 14/2019
3. B-VG Art. 118 gültig von 01.01.2014 bis 31.12.2019 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 51/2012
4. B-VG Art. 118 gültig von 01.07.2012 bis 31.12.2013 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 51/2012
5. B-VG Art. 118 gültig von 01.01.2004 bis 30.06.2012 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 100/2003
6. B-VG Art. 118 gültig von 01.01.1999 bis 31.12.2003 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 8/1999
7. B-VG Art. 118 gültig von 01.01.1992 bis 31.12.1998 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 565/1991
8. B-VG Art. 118 gültig von 01.01.1985 bis 31.12.1991 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 490/1984
9. B-VG Art. 118 gültig von 21.07.1962 bis 31.12.1984 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 205/1962
10. B-VG Art. 118 gültig von 19.12.1945 bis 20.07.1962 zuletzt geändert durch StGBI. Nr. 4/1945
11. B-VG Art. 118 gültig von 03.01.1930 bis 30.06.1934

Text

Antragsteller: Landesverwaltungsgericht Steiermark

Salzamtsgasse 3, 8010 Graz

Parteien im Verfahren vor dem Verwaltungsgericht:

Beschwerdeführerin: A

B-Straße [...], A-Ort

Belangte Behörde: Bürgermeisterin der

Marktgemeinde A-Ort

C-Platz [...], A-Ort

I.römisch eins. Antrag

Aus Anlass des beim Landesverwaltungsgericht Steiermark anhängigen Beschwerdeverfahrens zu LVwG 41.11-302/2026 stellt das Landesverwaltungsgericht Steiermark nach Art. 18 und Art. 89 B-VG in Verbindung mit Art. 140 Abs 1 Z 1 lit a B-VG sowie nach § 62 VfGG den Aus Anlass des beim Landesverwaltungsgericht Steiermark anhängigen Beschwerdeverfahrens zu LVwG 41.11-302/2026 stellt das Landesverwaltungsgericht Steiermark nach Artikel 18 und Artikel 89, B-VG in Verbindung mit Artikel 140, Absatz eins, Ziffer eins, Litera a, B-VG sowie nach Paragraph 62, VfGG den

Antrag,

der Verfassungsgerichtshof möge

1. § 11 des Bundesgesetzes über den Zugang zu Informationen BGBl I Nr. 5/2024 idF BGBl I Nr. 52/2025 (im Folgenden IFG) als 1. Paragraph 11, des Bundesgesetzes über den Zugang zu Informationen Bundesgesetzblatt Teil eins, Nr. 5 aus 2024, in der Fassung Bundesgesetzblatt Teil eins, Nr. 52 aus 2025, (im Folgenden IFG) als

verfassungswidrig aufheben;

in eventu

2. für den Fall, dass § 11 IFG zwischenzeitig beseitigt wurde, feststellen, dass § 11 IFG. für den Fall, dass Paragraph 11, IFG zwischenzeitig beseitigt wurde, feststellen, dass Paragraph 11, IFG

verfassungswidrig war;

in eventu

3. § 11 Abs 2 und Abs 3 IFG als 3. Paragraph 11, Absatz 2 und Absatz 3, IFG als

verfassungswidrig aufheben;

in eventu

4. für den Fall, dass § 11 Abs 2 und Abs 3 IFG zwischenzeitig beseitigt wurde, feststellen, dass § 11 Abs 2 und Abs 3 IFG 4. für den Fall, dass Paragraph 11, Absatz 2 und Absatz 3, IFG zwischenzeitig beseitigt wurde, feststellen, dass Paragraph 11, Absatz 2 und Absatz 3, IFG

verfassungswidrig war;

in eventu

5. § 11 Abs 2 IFG als 5. Paragraph 11, Absatz 2, IFG als

verfassungswidrig aufheben;

in eventu

6. für den Fall, dass § 11 Abs 2 IFG zwischenzeitig beseitigt wurde, feststellen, dass § 11 Abs 2 IFG 6. für den Fall, dass Paragraph 11, Absatz 2, IFG zwischenzeitig beseitigt wurde, feststellen, dass Paragraph 11, Absatz 2, IFG

verfassungswidrig war.

II. Antragslegitimation römisch zwei. Antragslegitimation

Verwaltungsgerichte sind berechtigt und auch verpflichtet, bei Bedenken bezüglich der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen bzw. von bestimmten Stellen eines Gesetzes einen Antrag auf Prüfung dieses Gesetzes bzw. von bestimmten Stellen eines Gesetzes beim Verfassungsgerichtshof zu stellen und erkennt dieser gemäß Art. 140 Abs 1 Z 1 lit a B-VG auf Antrag eines Gerichtes über Verfassungswidrigkeiten von Gesetzen, wobei im vorliegenden Fall der nach der Geschäftsverteilung des Landesverwaltungsgerichtes Steiermark zuständige Einzelrichter zur Anfechtung befugt ist. Verwaltungsgerichte sind berechtigt und auch verpflichtet, bei Bedenken bezüglich der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen bzw. von bestimmten Stellen eines Gesetzes einen Antrag auf Prüfung dieses Gesetzes bzw. von bestimmten Stellen eines Gesetzes beim Verfassungsgerichtshof zu stellen und erkennt dieser gemäß Artikel 140, Absatz eins, Ziffer

eins, Litera a, B-VG auf Antrag eines Gerichtes über Verfassungswidrigkeiten von Gesetzen, wobei im vorliegenden Fall der nach der Geschäftsverteilung des Landesverwaltungsgerichtes Steiermark zuständige Einzelrichter zur Anfechtung befugt ist.

III. Präjudizialität römisch drei. Präjudizialität

Mit Bescheid der Bürgermeisterin der Marktgemeinde A-Ort vom 20.11.2025, GZ: A-2025-1282-02210, wurde unter Bezugnahme auf den Antrag der nunmehrigen Beschwerdeführerin vom 23.09.2025 gemäß Art. 22a Abs 2 B-VG iVm § 2 Abs 1 IFG iVm §§ 7, 11 Abs 1 IFG BGBl I Nr. 5/2024 idgF der Zugang zur beantragten Information, wonach die Bekanntgabe sämtlicher am Notruftelefon eingegangener Anrufe seit der Einführung, der Zweck sowie die Anzahl der Mitarbeiter begehrt werde, dahingehend gewährt, dass seit der Einführung des Notruftelefons 110 Anrufe eingegangen seien, ständig zwei Bedienstete der Marktgemeinde A-Ort mit der Betreuung dieses Telefons betraut gewesen seien und dabei Anrufe zur Thematik Corona, Unwetterereignissen, Kanalverstopfungen, Wassereintritten im Keller, aber auch zu Strom- und Internetausfällen sowie Arbeiten auf Gemeindestraßen, Wasserzählerproblemen, kaputten Kanaldeckeln oder Wildunfällen eingegangen seien. Im Spruchpunkt II. wurde der Zugang zu dem über Spruchpunkt I. hinausgehenden Informationen nicht gewährt. Begründet wurde diese Entscheidung damit, dass die nunmehrige Beschwerdeführerin mit Eingabe vom 01.09.2025 um Bekanntgabe sämtlicher am Notruftelefon eingegangener Anrufe seit der Einführung gebeten worden sei. In einer tabellarischen Aufstellung seien das Datum/Uhrzeit, die Anrufe sowie die Rufnummern, der Zweck, die weiteren Veranlassungen sowie die zuständigen Mitarbeiter anzugeben. Des Weiteren sei bekanntzugeben, welcher Mitarbeiterin für welchen Zeitraum das Notruftelefon zugeteilt worden sei bzw. welche Gesamtkosten im Sinne von Zulagen den Mitarbeiterinnen für den Zeitraum der Einführung des Notruftelefons bis dato gewährt worden seien. Darüber hinaus sei der Zeitraum anzugeben, in dem es als gesichert gelte, dass die Notrufnummer auf der Gemeindehomepage angegeben worden sei. Mit Bescheid der Bürgermeisterin der Marktgemeinde A-Ort vom 20.11.2025, GZ: A-2025-1282-02210, wurde unter Bezugnahme auf den Antrag der nunmehrigen Beschwerdeführerin vom 23.09.2025 gemäß Artikel 22 a, Absatz 2, B-VG in Verbindung mit Paragraph 2, Absatz eins, IFG in Verbindung mit Paragraphen 7, 11, Absatz eins, IFG Bundesgesetzblatt Teil eins, Nr. 5 aus 2024, idgF der Zugang zur beantragten Information, wonach die Bekanntgabe sämtlicher am Notruftelefon eingegangener Anrufe seit der Einführung, der Zweck sowie die Anzahl der Mitarbeiter begehrt werde, dahingehend gewährt, dass seit der Einführung des Notruftelefons 110 Anrufe eingegangen seien, ständig zwei Bedienstete der Marktgemeinde A-Ort mit der Betreuung dieses Telefons betraut gewesen seien und dabei Anrufe zur Thematik Corona, Unwetterereignissen, Kanalverstopfungen, Wassereintritten im Keller, aber auch zu Strom- und Internetausfällen sowie Arbeiten auf Gemeindestraßen, Wasserzählerproblemen, kaputten Kanaldeckeln oder Wildunfällen eingegangen seien. Im Spruchpunkt römisch zwei. wurde der Zugang zu dem über Spruchpunkt römisch eins. hinausgehenden Informationen nicht gewährt. Begründet wurde diese Entscheidung damit, dass die nunmehrige Beschwerdeführerin mit Eingabe vom 01.09.2025 um Bekanntgabe sämtlicher am Notruftelefon eingegangener Anrufe seit der Einführung gebeten worden sei. In einer tabellarischen Aufstellung seien das Datum/Uhrzeit, die Anrufe sowie die Rufnummern, der Zweck, die weiteren Veranlassungen sowie die zuständigen Mitarbeiter anzugeben. Des Weiteren sei bekanntzugeben, welcher Mitarbeiterin für welchen Zeitraum das Notruftelefon zugeteilt worden sei bzw. welche Gesamtkosten im Sinne von Zulagen den Mitarbeiterinnen für den Zeitraum der Einführung des Notruftelefons bis dato gewährt worden seien. Darüber hinaus sei der Zeitraum anzugeben, in dem es als gesichert gelte, dass die Notrufnummer auf der Gemeindehomepage angegeben worden sei.

Mit Schreiben der Bürgermeisterin vom 16.09.2025, sei der Bescheidadressatin mitgeteilt worden, dass die Bekanntgabe sämtlicher eingegangener Anrufe beim Notruftelefon, eine diesbezügliche tabellarische Aufstellung sowie die Bekanntgabe des Zeitraumes, in welchem die Notrufnummer auf der Gemeindehomepage ersichtlich gewesen sei, nicht mitgeteilt werden könne, da diese Informationen nicht vorhanden und verfügbar im Sinne des § 2 Abs 1 IFG seien. Die Information, welcher Mitarbeiter das Notruftelefon innegehabt habe sowie die hiezu gewährten Zulagen sei zwar vorhanden, aber seien die in Betracht kommenden Interessen an der Erteilung der Information einerseits und an der Geheimhaltung der Informationen andererseits gegeneinander abgewogen worden. Die Interessen an der Geheimhaltung würden überwiegen und seien demnach die Information gemäß § 6 Abs 1 Z 7 lit. a IFG nicht zu erteilen. Am 23.09.2025 langte der schriftliche Antrag der Beschwerdeführerin auf Bescheiderlassung der beantragten Information ein. Mit Schreiben der Bürgermeisterin vom 16.09.2025, sei der Bescheidadressatin mitgeteilt worden, dass die Bekanntgabe sämtlicher eingegangener Anrufe beim Notruftelefon, eine diesbezügliche tabellarische

Aufstellung sowie die Bekanntgabe des Zeitraumes, in welchem die Notrufnummer auf der Gemeindehomepage ersichtlich gewesen sei, nicht mitgeteilt werden könne, da diese Informationen nicht vorhanden und verfügbar im Sinne des Paragraph 2, Absatz eins, IFG seien. Die Information, welcher Mitarbeiter das Notruftelefon innegehabt habe sowie die hiezu gewährten Zulagen sei zwar vorhanden, aber seien die in Betracht kommenden Interessen an der Erteilung der Information einerseits und an der Geheimhaltung der Informationen andererseits gegeneinander abgewogen worden. Die Interessen an der Geheimhaltung würden überwiegen und seien demnach die Information gemäß Paragraph 6, Absatz eins, Ziffer 7, Litera a, IFG nicht zu erteilen. Am 23.09.2025 langte der schriftliche Antrag der Beschwerdeführerin auf Bescheiderlassung der beantragten Information ein.

Am 23.12.2025 erhob die Beschwerdeführerin Beschwerde gegen den Bescheid der Bürgermeisterin der Marktgemeinde A-Ort vom 20.11.2025. In der Beschwerde wurde unter anderem ausgeführt, dass die Notrufnummer über viele Monate bzw. Jahre hinweg auf der Homepage der Gemeinde nicht auffindbar gewesen sei. Obwohl das sogenannte „Notruftelefon“ bereits seit dem Jahr 2020 in Betrieb gewesen sein soll, sei die Rufnummer über einen langen Zeitraum weder veröffentlicht noch sonst leicht zugänglich gewesen. Gleichzeitig hätten zwei Mitarbeiterinnen für genau diese Tätigkeit über diesen Zeitraum hinweg eine nicht unerhebliche Zulage erhalten. Vor diesem Hintergrund sei die Sinnhaftigkeit und tatsächliche Funktionalität diese Einrichtung ernsthaft in Zweifel zu ziehen. Dies gelte umso mehr, als dadurch im Laufe der Jahre nicht unerhebliche Kosten entstanden seien. Die Behauptung, es hätten lediglich Aufzeichnungen über die bloße Anzahl der Anrufe (ca. 110) bestanden, wobei diese Zahl in einer Gemeinderatssitzung sogar über mehrere Jahre hinweg verteilt dargestellt worden sei, erscheine in dieser Form höchst unglaubwürdig. Gerade im Bereich der kritischen Infrastruktur sei vielmehr davon auszugehen, dass für derartige Notrufe aus mehreren Gründen Aufzeichnungs- und Dokumentationspflichten bestünden. Dies betreffe insbesondere Inhalt, Zeitpunkt und Art der Abwicklung der Anrufe sowie die jeweils gesetzten Maßnahmen. Die Gesamtkosten, die sich neben den Telefonen und Tarifen insbesondere aus den gewährten Zulagen ergeben, würden aus Sicht der Beschwerdeführerin kein schützenswertes Interesse darstellen. Aus den begehrten Informationen könne nicht unmittelbar auf die individuellen Zulagen einzelner Mitarbeiterinnen geschlossen werden. Es bestünde ein öffentliches Interesse an der Transparenz staatlicher Aufgabenerfüllung. Der Eingriff in die Privatsphäre sei gering und die Behörde habe eine fehlerhafte bzw. unterlassene Interessenabwägung vorgenommen. Abschließend wurde beantragt den Bescheid der Marktgemeinde A-Ort vom 20.11.2025 aufzuheben, die belangte Behörde zu verpflichten, die Informationen gemäß dem Auskunftbegehren vom 01.09.2025 vollständig zu erteilen, in eventu selbst in der Sache zu entscheiden und die Offenlegung anzuordnen. Die Durchführung einer mündlichen Verhandlung wurde beantragt.

Das Landesverwaltungsgericht Steiermark hat zunächst zu prüfen, ob es zur Entscheidung über die als Bescheidbeschwerde bezeichnete Eingabe funktionell zuständig ist und inhaltlich hierüber zu entscheiden hat, oder ob mangels Einbindung des Gemeinderates der Marktgemeinde A-Ort eine Verkürzung des Instanzenzuges und somit eine Unzuständigkeit des Landesverwaltungsgerichtes Steiermark zur Entscheidung über die gegenständliche Eingabe vorliegt. In diesem Zusammenhang ist im Beschwerdeverfahren als Rechtsgrundlage das Informationsfreiheitsgesetz, insbesondere auch § 11 Abs 2 Informationsfreiheitsgesetz BGBl I Nr. 5/2024 idF BGBl I Nr 52/2025 unmittelbar anzuwenden. Das Informationsfreiheitsgesetz, insbesondere § 11 Abs 2 IFG ist demnach präjudiziell. Das Informationsfreiheitsgesetz trat am 01.09.2025 in Kraft. Das Landesverwaltungsgericht Steiermark hat zunächst zu prüfen, ob es zur Entscheidung über die als Bescheidbeschwerde bezeichnete Eingabe funktionell zuständig ist und inhaltlich hierüber zu entscheiden hat, oder ob mangels Einbindung des Gemeinderates der Marktgemeinde A-Ort eine Verkürzung des Instanzenzuges und somit eine Unzuständigkeit des Landesverwaltungsgerichtes Steiermark zur Entscheidung über die gegenständliche Eingabe vorliegt. In diesem Zusammenhang ist im Beschwerdeverfahren als Rechtsgrundlage das Informationsfreiheitsgesetz, insbesondere auch Paragraph 11, Absatz 2, Informationsfreiheitsgesetz Bundesgesetzblatt Teil eins, Nr. 5 aus 2024, in der Fassung Bundesgesetzblatt Teil eins, Nr 52 aus 2025, unmittelbar anzuwenden. Das Informationsfreiheitsgesetz, insbesondere Paragraph 11, Absatz 2, IFG ist demnach präjudiziell. Das Informationsfreiheitsgesetz trat am 01.09.2025 in Kraft.

IV. Begründung (Darlegung der gegen die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes bzw. von bestimmten Teilen des Gesetzes sprechenden Bedenken gemäß § 62 Abs 1 VfGG)römisch vier. Begründung (Darlegung der gegen die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes bzw. von bestimmten Teilen des Gesetzes sprechenden Bedenken gemäß Paragraph 62, Absatz eins, VfGG)

1. Die anzuwendenden Normen des Informationsfreiheitsgesetzes BGBl I Nr. 5/2025 idF BGBl I Nr. 52/2025 – im

Folgenden IFG lauten wie folgt: 1. Die anzuwendenden Normen des Informationsfreiheitsgesetzes Bundesgesetzblatt Teil eins, Nr. 5 aus 2025, in der Fassung Bundesgesetzblatt Teil eins, Nr. 52 aus 2025, – im Folgenden IFG lauten wie folgt:

„§ 1 Anwendungsbereich

1. Dieses Bundesgesetz regelt die Veröffentlichung von Informationen von allgemeinem Interesse und den Zugang zu Informationen im Wirkungs- und Geschäftsbereich der Organe des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände,

....

§ 3 Zuständigkeit Paragraph 3, Zuständigkeit

...

(2) Zuständig zur Gewährung des Zugangs zu Informationen ist jenes informationspflichtige Organ, zu dessen Wirkungs- oder Geschäftsbereich die Information gehört.

(3) Die Information nach diesem Bundesgesetz ist soweit im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinden und der sonstigen Selbstverwaltungskörper zu besorgen, als diese in Angelegenheiten ergeht, die von diesen im eigenen Wirkungsbereich zu besorgen sind.

...

§ 7 Informationsbegehren; anzuwendendes Recht Paragraph 7, Informationsbegehren; anzuwendendes Recht

(1) Der Zugang zu Informationen kann schriftlich, mündlich oder telefonisch, in jeder technisch möglichen und vorgesehenen Form, beantragt werden.

(2) Die Information ist möglichst präzise zu bezeichnen. Dem Antragsteller kann die schriftliche Ausführung eines mündlich oder telefonisch angebrachten Antrages aufgetragen werden, wenn aus dem Antrag der Inhalt oder der Umfang der beantragten Information nicht ausreichend klar hervorgeht.

(3) Langt bei einem Organ ein Antrag ein, zu dessen Behandlung es nicht zuständig ist, hat es den Antrag ohne unnötigen Aufschub an die zuständige Stelle weiterzuleiten oder den Antragsteller an diese zu weisen.

(4) Das Verfahren über einen Antrag auf Information ist ein behördliches Verfahren gemäß Artikel I Abs. 2 Z 1 des Einführungsgesetzes zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen 2008 – EGVG, BGBl I Nr. 87/2008. (4) Das Verfahren über einen Antrag auf Information ist ein behördliches Verfahren gemäß Artikel römisch eins Absatz 2, Ziffer eins, des Einführungsgesetzes zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen 2008 – EGVG, Bundesgesetzblatt Teil eins, Nr. 87 aus 2008,.

§ 11 Rechtsschutz Paragraph 11, Rechtsschutz

(1) Wird der Zugang zur Information nicht gewährt, ist auf schriftlichen Antrag des Informationswerbers vom informationspflichtigen Organ hierüber binnen zwei Monaten nach Einlangen des Antrages ein Bescheid zu erlassen.

(2) Wird gegen einen solchen Bescheid Beschwerde erhoben, wie auch im Fall der Erhebung einer Säumnisbeschwerde, hat das Verwaltungsgericht binnen zwei Monaten zu entscheiden. Die Frist zur Erlassung einer Beschwerdevorentscheidung

(§ 14 des Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetzes – VwGVG, BGBl I Nr. 33/2013) beträgt 3 Wochen. § 16 Abs 1 VwGVG ist nicht anzuwenden; die Behörde hat dem Verwaltungsgericht die Beschwerde unter Anschluss der Akten des Verwaltungsverfahrens unverzüglich vorzulegen. (2) Wird gegen einen solchen Bescheid Beschwerde erhoben, wie auch im Fall der Erhebung einer Säumnisbeschwerde, hat das Verwaltungsgericht binnen zwei Monaten zu entscheiden. Die Frist zur Erlassung einer Beschwerdevorentscheidung, (Paragraph 14, des Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetzes – VwGVG, Bundesgesetzblatt Teil eins, Nr. 33 aus 2013,) beträgt 3 Wochen. Paragraph 16, Absatz eins, VwGVG ist nicht anzuwenden; die Behörde hat dem Verwaltungsgericht die Beschwerde unter Anschluss der Akten des Verwaltungsverfahrens unverzüglich vorzulegen.

(3) Im Fall der rechtswidrigen Nichtgewährung des Zugangs zu Informationen hat das Verwaltungsgericht auszusprechen, dass und in welchem Umfang Zugang zu gewährt ist.

2. Begründung der Gesetzwidrigkeit:

Das Landesverwaltungsgericht Steiermark hegt Bedenken gegen die Verfassungsmäßigkeit des Informationsfreiheitsgesetzes, insbesondere dessen § 11 bzw. in concreto § 11 Abs 2 IFG. Das Landesverwaltungsgericht Steiermark hegt Bedenken gegen die Verfassungsmäßigkeit des Informationsfreiheitsgesetzes, insbesondere dessen Paragraph 11, bzw. in concreto Paragraph 11, Absatz 2, IFG.

Im Beschwerdefall wird der Zugang zu Informationen, die den Wirkungsbereich eines Gemeindeorganes betreffen, begehrt. Die beehrte Information bezieht sich auf die Bekanntgabe welche(r) Mitarbeiter/in für welchen Zeitraum für das Notruftelefon der Marktgemeinde zugeteilt wurde bzw. welche Gesamtkosten in Form von Zulagen für die Mitarbeiter/innen für den Zeitraum der Einführung des Notruftelefons bis dato gewährt worden sind; weiters das Datum/Uhrzeit der Anrufe, den Zweck und die weitere Veranlassung durch die Mitarbeiter. Die beehrte Information betrifft sohin den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde. Informationspflichtiges Organ ist nach § 3 Abs 2 IFG die Bürgermeisterin der Marktgemeinde A-Ort. Im Beschwerdefall wird der Zugang zu Informationen, die den Wirkungsbereich eines Gemeindeorganes betreffen, begehrt. Die beehrte Information bezieht sich auf die Bekanntgabe welche(r) Mitarbeiter/in für welchen Zeitraum für das Notruftelefon der Marktgemeinde zugeteilt wurde bzw. welche Gesamtkosten in Form von Zulagen für die Mitarbeiter/innen für den Zeitraum der Einführung des Notruftelefons bis dato gewährt worden sind; weiters das Datum/Uhrzeit der Anrufe, den Zweck und die weitere Veranlassung durch die Mitarbeiter. Die beehrte Information betrifft sohin den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde. Informationspflichtiges Organ ist nach Paragraph 3, Absatz 2, IFG die Bürgermeisterin der Marktgemeinde A-Ort.

Nach Art. 118 Abs 2 B-VG umfasst der eigene Wirkungsbereich der Gemeinde, neben den im Art. 116 Abs 2 leg. cit. angeführten Angelegenheiten, alle Angelegenheiten, die im ausschließlichen oder überwiegenden Interesse der in der Gemeinde verkörperten örtlichen Gemeinschaft gelegen und geeignet sind, durch die Gemeinschaft innerhalb ihrer örtlichen Grenzen besorgt zu werden, wobei Gesetze derartige Angelegenheiten ausdrücklich als solche des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde zu bezeichnen haben und zählt Art. 118 Abs 3 B-VG beispielsweise auch Angelegenheiten auf, welche gemeindeseitig im eigenen Wirkungsbereich zu besorgen sind. Diese verfassungsrechtliche Definition des eigenen Wirkungsbereiches ist auch § 40 Abs 1 der Steiermärkischen Gemeindeordnung 1967 zu entnehmen und wird in Abs 2 dieser Regelung beispielsweise auch eine ebenfalls demonstrative Aufzählung von Angelegenheiten, welche gemeindeseitig im eigenen Wirkungsbereich zu besorgen sind, vorgenommen. Nach Artikel 118, Absatz 2, B-VG umfasst der eigene Wirkungsbereich der Gemeinde, neben den im Artikel 116, Absatz 2, leg. cit. angeführten Angelegenheiten, alle Angelegenheiten, die im ausschließlichen oder überwiegenden Interesse der in der Gemeinde verkörperten örtlichen Gemeinschaft gelegen und geeignet sind, durch die Gemeinschaft innerhalb ihrer örtlichen Grenzen besorgt zu werden, wobei Gesetze derartige Angelegenheiten ausdrücklich als solche des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde zu bezeichnen haben und zählt Artikel 118, Absatz 3, B-VG beispielsweise auch Angelegenheiten auf, welche gemeindeseitig im eigenen Wirkungsbereich zu besorgen sind. Diese verfassungsrechtliche Definition des eigenen Wirkungsbereiches ist auch Paragraph 40, Absatz eins, der Steiermärkischen Gemeindeordnung 1967 zu entnehmen und wird in Absatz 2, dieser Regelung beispielsweise auch eine ebenfalls demonstrative Aufzählung von Angelegenheiten, welche gemeindeseitig im eigenen Wirkungsbereich zu besorgen sind, vorgenommen.

§ 43 Steiermärkische Gemeindeordnung 1967 LGBl Nr. 115/1967 idF LGBl Nr. 68/2025 – im Folgenden Steiermärkische Gemeindeordnung 1967 - normiert, dass der Gemeinderat oberstes Organ in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches ist und diesem die Beschlussfassung über alle zum eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde gehörigen Angelegenheiten, soweit diese nicht gesetzlich ausdrücklich anderen Organen der Gemeinde vorbehalten sind, obliegt, wobei in dieser Regelung auch diverse Übertragungsmöglichkeiten der Zuständigkeit an andere Gemeindeorgane vorgesehen ist und werden in § 44 leg. cit. auch Agenden des Gemeindevorstands gesetzlich normiert. Paragraph 43, Steiermärkische Gemeindeordnung 1967 Landesgesetzblatt Nr. 115 aus 1967, in der Fassung Landesgesetzblatt Nr. 68 aus 2025, – im Folgenden Steiermärkische Gemeindeordnung 1967 - normiert, dass der Gemeinderat oberstes Organ in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches ist und diesem die Beschlussfassung über alle zum eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde gehörigen Angelegenheiten, soweit diese nicht gesetzlich

ausdrücklich anderen Organen der Gemeinde vorbehalten sind, obliegt, wobei in dieser Regelung auch diverse Übertragungsmöglichkeiten der Zuständigkeit an andere Gemeindeorgane vorgesehen ist und werden in Paragraph 44, leg. cit. auch Agenden des Gemeindevorstands gesetzlich normiert.

§ 45 Steiermärkische Gemeindeordnung 1967 regelt den Wirkungsbereich des Bürgermeisters, der die Gemeinde nach außen vertritt, und – unbeschadet der Zuständigkeit der anderen Gemeindeorgane – leitet und beaufsichtigt er die gesamte Verwaltung der Gemeinde, ist Vorstand des Gemeindeamtes und Vorgesetzter der Gemeindebediensteten, wobei diese an seine Weisungen gebunden sind. Paragraph 45, Steiermärkische Gemeindeordnung 1967 regelt den Wirkungsbereich des Bürgermeisters, der die Gemeinde nach außen vertritt, und – unbeschadet der Zuständigkeit der anderen Gemeindeorgane – leitet und beaufsichtigt er die gesamte Verwaltung der Gemeinde, ist Vorstand des Gemeindeamtes und Vorgesetzter der Gemeindebediensteten, wobei diese an seine Weisungen gebunden sind.

Nach § 45 Abs 2 Steiermärkische Gemeindeordnung 1967 kommt dem Bürgermeister die Entscheidung und Verfügung in allen gemeindebehördlichen Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches zu, sofern hierfür gesetzlich nicht ein anderes Gemeindeorgan zuständig ist. Nach Paragraph 45, Absatz 2, Steiermärkische Gemeindeordnung 1967 kommt dem Bürgermeister die Entscheidung und Verfügung in allen gemeindebehördlichen Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches zu, sofern hierfür gesetzlich nicht ein anderes Gemeindeorgan zuständig ist.

Der Bürgermeister ist nach § 45 Abs 3 Steiermärkische Gemeindeordnung 1967 für die Erfüllung der dem eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde zugehörigen Aufgaben dem Gemeinderat verantwortlich. Der Bürgermeister ist nach Paragraph 45, Absatz 3, Steiermärkische Gemeindeordnung 1967 für die Erfüllung der dem eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde zugehörigen Aufgaben dem Gemeinderat verantwortlich.

§ 3 Abs 3 IFG normiert, dass die Information nach diesem Bundesgesetz soweit im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinden und der sonstigen Selbstverwaltungskörper zu besorgen ist, als diese in Angelegenheiten ergeht, die von diesen im eigenen Wirkungsbereich zu besorgen sind. Paragraph 3, Absatz 3, IFG normiert, dass die Information nach diesem Bundesgesetz soweit im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinden und der sonstigen Selbstverwaltungskörper zu besorgen ist, als diese in Angelegenheiten ergeht, die von diesen im eigenen Wirkungsbereich zu besorgen sind.

Die begehrte Information bezieht sich auf die Gewährung von Informationen über das von der Gemeinde eingerichtete Notruftelefon. Die begehrte Information betrifft sohin den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde.

Die Bürgermeisterin der Marktgemeinde A-Ort hat den nunmehr angefochtenen Bescheid vom 20.11.2025 erlassen, nachdem dies vom Informationswerber bzw. der nunmehrigen Beschwerdeführerin mit Eingabe vom 23.09.2025 beantragt wurde. In der Rechtsmittelbelehrung des Bescheides wurde auf die Möglichkeit der Erhebung einer Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht Steiermark binnen vier Wochen verwiesen.

Die Eingabe gegen diesen Bescheid wird ausdrücklich als Beschwerde bezeichnet und richten sich die Beschwerdeanträge ausdrücklich an das Landesverwaltungsgericht Steiermark. Die belangte Behörde legte die Eingabe auch als Beschwerdevorlage dem Landesverwaltungsgericht Steiermark vor. Eine Umdeutung des Schriftsatzes in eine Berufung ist nach der herrschenden Rechtsprechung nicht zulässig.

Wie oben bereits festgehalten, liegt im Gegenstandsfall eine Angelegenheit vor, die von der Gemeinde im eigenen Wirkungsbereich zu besorgen ist, nach § 3 Abs 3 IFG ist daher auch die Information nach dem IFG im eigenen Wirkungsbereich zu besorgen. Wie oben bereits festgehalten, liegt im Gegenstandsfall eine Angelegenheit vor, die von der Gemeinde im eigenen Wirkungsbereich zu besorgen ist, nach Paragraph 3, Absatz 3, IFG ist daher auch die Information nach dem IFG im eigenen Wirkungsbereich zu besorgen.

§ 7 Abs 4 IFG erklärt, das Verfahren über einen Antrag auf Information ist ein behördliches Verfahren gemäß Art. I Abs 2 Z 1 EGVG. Demnach ist auf das behördliche Verfahren das Allgemeine Verwaltungsgesetz 1991 – AVG anzuwenden. Paragraph 7, Absatz 4, IFG erklärt, das Verfahren über einen Antrag auf Information ist ein behördliches Verfahren gemäß Artikel römisch eins, Absatz 2, Ziffer eins, EGVG. Demnach ist auf das behördliche Verfahren das Allgemeine Verwaltungsgesetz 1991 – AVG anzuwenden.

Nach § 1 AVG 1991 richtet sich die sachliche und örtliche Zuständigkeit der Behörden nach den Vorschriften über ihren Wirkungsbereich und nach den Verwaltungsvorschriften. Nach Paragraph eins, AVG 1991 richtet sich die sachliche und örtliche Zuständigkeit der Behörden nach den Vorschriften über ihren Wirkungsbereich und nach den Verwaltungsvorschriften.

Aus Art. 130 Abs 1 Z 1 B-VG ergibt sich, dass ein administrativer Instanzenzug grundsätzlich unzulässig ist bzw. gegen „erstinstanzliche Bescheide“ schon von Verfassungswegen sofort Beschwerde an das zuständige Verwaltungsgericht erhoben werden kann (vgl. Hengstschläger/Leeb, AVG § 1 (Stand 1.1.2014, rdb.at) RZ8). Aus Artikel 130, Absatz eins, Ziffer eins, B-VG ergibt sich, dass ein administrativer Instanzenzug grundsätzlich unzulässig ist bzw. gegen „erstinstanzliche Bescheide“ schon von Verfassungswegen sofort Beschwerde an das zuständige Verwaltungsgericht erhoben werden kann vergleiche Hengstschläger/Leeb, AVG Paragraph eins, (Stand 1.1.2014, rdb.at) RZ8).

Art. 115 Abs 2 B-VG normiert jedoch unter Bezugnahme auf Gemeinden, soweit nicht ausdrücklich eine Zuständigkeit des Bundes festgesetzt ist, dass die Landesgesetzgebung das Gemeinderecht nach den Grundsätzen der folgenden Artikel dieses Abschnittes zu regeln hat. Die Zuständigkeit zur Regelung der gemäß den Art. 118, 118a und 119 von den Gemeinden zu besorgenden Angelegenheiten einschließlich eines allfälligen Ausschlusses des Instanzenzuges bestimmt sich nach den allgemeinen Vorschriften dieses Bundesverfassungsgesetzes. Artikel 115, Absatz 2, B-VG normiert jedoch unter Bezugnahme auf Gemeinden, soweit nicht ausdrücklich eine Zuständigkeit des Bundes festgesetzt ist, dass die Landesgesetzgebung das Gemeinderecht nach den Grundsätzen der folgenden Artikel dieses Abschnittes zu regeln hat. Die Zuständigkeit zur Regelung der gemäß den Artikel 118, 118 a und 119 von den Gemeinden zu besorgenden Angelegenheiten einschließlich eines allfälligen Ausschlusses des Instanzenzuges bestimmt sich nach den allgemeinen Vorschriften dieses Bundesverfassungsgesetzes.

Nach Art. 118 Abs 4 B-VG hat die Gemeinde die Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches im Rahmen der Gesetze und Verordnungen des Bundes und des Landes in eigener Verantwortung frei von Weisungen und unter Ausschluss eines Rechtsmittels an Verwaltungsorgane außerhalb der Gemeinde zu besorgen. In den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches besteht ein zweistufiger Instanzenzug; dieser kann gesetzlich ausgeschlossen werden. In den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches kommt dem Bund und dem Land ein Aufsichtsrecht über die Gemeinde (Art. 119a) zu. Nach Artikel 118, Absatz 4, B-VG hat die Gemeinde die Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches im Rahmen der Gesetze und Verordnungen des Bundes und des Landes in eigener Verantwortung frei von Weisungen und unter Ausschluss eines Rechtsmittels an Verwaltungsorgane außerhalb der Gemeinde zu besorgen. In den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches besteht ein zweistufiger Instanzenzug; dieser kann gesetzlich ausgeschlossen werden. In den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches kommt dem Bund und dem Land ein Aufsichtsrecht über die Gemeinde (Artikel 119 a,) zu.

Im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde besteht sohin grundsätzlich ein zweigliedriger administrativer (innergemeindlicher) Instanzenzug. Nach Art. 132 Abs 5 B-VG kann in den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde Beschwerde beim Verwaltungsgericht erst nach Erschöpfung des Instanzenzuges erhoben werden. Im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde besteht sohin grundsätzlich ein zweigliedriger administrativer (innergemeindlicher) Instanzenzug. Nach Artikel 132, Absatz 5, B-VG kann in den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde Beschwerde beim Verwaltungsgericht erst nach Erschöpfung des Instanzenzuges erhoben werden.

Nach § 93 Abs 1 Steiermärkische Gemeindeordnung 1967 in der Fassung LGBl Nr. 87/2013 ging der Instanzenzug gegen Bescheide in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches an den Gemeinderat, sofern gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Dieser übt auch die in den verfahrensgesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen oberbehördlichen Befugnisse aus. Nach Paragraph 93, Absatz eins, Steiermärkische Gemeindeordnung 1967 in der Fassung Landesgesetzblatt Nr. 87 aus 2013, ging der Instanzenzug gegen Bescheide in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches an den Gemeinderat, sofern gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Dieser übt auch die in den verfahrensgesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen oberbehördlichen Befugnisse aus.

Nach § 93 Abs 2 Steiermärkische Gemeindeordnung 1967 in der Fassung LGBl Nr. 87/2013 hatte jeder letztinstanzliche Bescheid eines Gemeindeorganes in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches einen Hinweis auf die Möglichkeit der Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht zu enthalten. Nach Paragraph 93, Absatz 2, Steiermärkische Gemeindeordnung 1967 in der Fassung Landesgesetzblatt Nr. 87 aus 2013, hatte jeder letztinstanzliche Bescheid eines Gemeindeorganes in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches einen Hinweis auf die Möglichkeit der Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht zu enthalten.

Mit dem Steiermärkischen Deregulierungsgesetz 2025, LGBl Nr. 19/2026 wurde u.a. der § 93 der Gemeindeordnung geändert, der nunmehr folgenden Wortlaut hat: Mit dem Steiermärkischen Deregulierungsgesetz 2025,

Landesgesetzblatt Nr. 19 aus 2026, wurde u.a. der Paragraph 93, der Gemeindeordnung geändert, der nunmehr folgenden Wortlaut hat:

„Instanzenzug

(1) Berufungen gegen Bescheide sind ausgeschlossen in den

1. landesgesetzlich geregelten Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde;
2. Angelegenheiten der Kommunal- und Grundsteuer;

Der Gemeinderat übt in diesen Angelegenheiten die in den verfahrensgesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen oberbehördlichen Befugnisse aus.

(2) In bundesgesetzlich geregelten Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches, in denen ein zweistufiger Instanzenzug nicht ausgeschlossen ist, entscheidet über Berufungen der Gemeinderat“

§ 93 Gemeindeordnung trat mit 27.02.2026 in Kraft. Gemäß § 106g sind zum Zeitpunkt des Inkrafttretens am 27.02.2026 anhängige Berufungsverfahren vom Gemeinderat fortzuführen und abzuschließen. Paragraph 93, Gemeindeordnung trat mit 27.02.2026 in Kraft. Gemäß Paragraph 106 g, sind zum Zeitpunkt des Inkrafttretens am 27.02.2026 anhängige Berufungsverfahren vom Gemeinderat fortzuführen und abzuschließen.

Nach Ansicht des vorlegenden Landesverwaltungsgerichtes Steiermark sieht das Informationsfreiheitsgesetz einerseits eine ausdrückliche Zuweisung der Besorgung einer Information nach dem IFG in den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde vor, soweit die Information in Angelegenheiten ergeht, die von diesen im eigenen Wirkungsbereich zu besorgen sind und normiert mit § 11 IFG auch Regelungen hinsichtlich des Rechtsschutzes, wobei nach Ansicht des antragstellenden Verwaltungsgerichtes weder aus § 11 IFG noch sonst aus einer Bestimmung des IFG klar und eindeutig hervorgeht, ob nun der grundsätzlich verfassungsrechtlich bestehende zweigliedrige innergemeindliche Instanzenzug im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinden ausgeschlossen wurde. Demnach würde nach dem novellierten § 93 der Steiermärkischen Gemeindeordnung der Gemeinderat über Berufungen nach dem IFG, einem Bundesgesetz, zu entscheiden haben. Nach Ansicht des vorlegenden Landesverwaltungsgerichtes Steiermark sieht das Informationsfreiheitsgesetz einerseits eine ausdrückliche Zuweisung der Besorgung einer Information nach dem IFG in den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde vor, soweit die Information in Angelegenheiten ergeht, die von diesen im eigenen Wirkungsbereich zu besorgen sind und normiert mit Paragraph 11, IFG auch Regelungen hinsichtlich des Rechtsschutzes, wobei nach Ansicht des antragstellenden Verwaltungsgerichtes weder aus Paragraph 11, IFG noch sonst aus einer Bestimmung des IFG klar und eindeutig hervorgeht, ob nun der grundsätzlich verfassungsrechtlich bestehende zweigliedrige innergemeindliche Instanzenzug im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinden ausgeschlossen wurde. Demnach würde nach dem novellierten Paragraph 93, der Steiermärkischen Gemeindeordnung der Gemeinderat über Berufungen nach dem IFG, einem Bundesgesetz, zu entscheiden haben.

Nach der herrschenden höchstgerichtlichen Rechtsprechung muss die Zuständigkeitsfestlegung klar und unmissverständlich sein (vgl. Ra 2019/15/0005 RZ13, Ra 2016/15/0040 RZ21, VfGH G33/83, VfSlg 9937). Nach der herrschenden höchstgerichtlichen Rechtsprechung muss die Zuständigkeitsfestlegung klar und unmissverständlich sein vergleiche Ra 2019/15/0005 RZ13, Ra 2016/15/0040 RZ21, VfGH G33/83, VfSlg 9937).

Weiters hat nach der Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes (vgl. VwGHRa 2015/06/0050) ein solcher Ausschluss des Instanzenzuges durch eine Regelung des zuständigen Gesetzgebers zu erfolgen und bedeutet das Fehlen einer ausdrücklichen gesetzlichen Regelung in Bezug auf das Fehlen eines Instanzenzuges in der Gemeinde, anders als vor der Verwaltungsgerichtsbarkeitsnovelle 2012, dass der von Verfassungswegen bestehende Instanzenzug aufrecht bleibt (vgl. VwGH Ro 2014/07/0032). Weiters hat nach der Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes vergleiche VwGHRa 2015/06/0050) ein solcher Ausschluss des Instanzenzuges durch eine Regelung des zuständigen Gesetzgebers zu erfolgen und bedeutet das Fehlen einer ausdrücklichen gesetzlichen Regelung in Bezug auf das Fehlen eines Instanzenzuges in der Gemeinde, anders als vor der Verwaltungsgerichtsbarkeitsnovelle 2012, dass der von Verfassungswegen bestehende Instanzenzug aufrecht bleibt vergleiche VwGH Ro 2014/07/0032).

Mit der Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012, BGBl Nr. 51/2012, wurde mit Wirkung vom 1. Jänner 2014 vorgesehen, dass das verwaltungsgerichtliche Beschwerdeverfahren unmittelbar an die Stelle bisheriger administrativer Rechtsschutzverfahren trat und Bescheide einer Verwaltungsbehörde unmittelbar der Anfechtung beim zuständigen Verwaltungsgericht unterliegen; nur in den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereichs der

Gemeinden besteht ein zweistufiger administrativer Instanzenzug (vgl. ErläutRV 1618 BlgNR 24. GP 4). Mit der Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012, Bundesgesetzblatt Nr. 51 aus 2012,, wurde mit Wirkung vom 1. Jänner 2014 vorgesehen, dass das verwaltungsgerichtliche Beschwerdeverfahren unmittelbar an die Stelle bisheriger administrativer Rechtsschutzverfahren trat und Bescheide einer Verwaltungsbehörde unmittelbar der Anfechtung beim zuständigen Verwaltungsgericht unterliegen; nur in den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereichs der Gemeinden besteht ein zweistufiger administrativer Instanzenzug (vergleiche , ErläutRV 1618 BlgNR 24. Gesetzgebungsperiode 4,).

Gemäß Art. 118 Abs 4 B-VG idFBGBl I Nr. 51/2012 kann aber auch dieser allein auf Gemeindeebene verbliebene zweistufige administrative Instanzenzug gesetzlich ausgeschlossen werden. Die Erläuterungen zur Regierungsvorlage der Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012 (1618 BlgNR 24. GP 12) halten dazu fest: "Nach dem vorgeschlagenen Art. 118 Abs 4 zweiter Satz soll in den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde von Verfassung wegen ein zweigliedriger (administrativer) Instanzenzug bestehen. Wie sich nicht zuletzt aus (dem vorgeschlagenen) Art. 118 Abs 4 erster Satz ergibt, handelt es sich bei diesem Instanzenzug um einen innergemeindlichen, dieser verläuft also zwischen Organen der Gemeinde; ein Instanzenzug an Verwaltungsorgane außerhalb der Gemeinde kommt somit von vornherein nicht in Betracht. Durch die zuständige (Bundes- oder Landes-)Gesetzgebung (vgl. den vorgeschlagenen Art. 115 Abs. 2) kann dieser Instanzenzug ausgeschlossen werden." Die Zuständigkeit zum Ausschluss des zweistufigen administrativen Instanzenzuges auf Gemeindeebene "bestimmt sich" dabei gemäß Art. 115 Abs 2 Satz 2 B-VG "nach den allgemeinen Vorschriften dieses Bundesverfassungsgesetzes"; dh sie liegt beim jeweils zuständigen Materiengesetzgeber (Stolzlechner, in Kneihls/Lienbacher, Rill-Schäffer-Kommentar B-VG Art. 115 Rz 17; Eberhard, in Fischer ua, Handbuch der Verwaltungsgerichtsbarkeit Rz 5). Gemäß Artikel 118, Absatz 4, B-VG in der Fassung Bundesgesetzblatt Teil eins, Nr. 51 aus 2012, kann aber auch dieser allein auf Gemeindeebene verbliebene zweistufige administrative Instanzenzug gesetzlich ausgeschlossen werden. Die Erläuterungen zur Regierungsvorlage der Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012 (1618 BlgNR 24. Gesetzgebungsperiode 12,) halten dazu fest: "Nach dem vorgeschlagenen Artikel 118, Absatz 4, zweiter Satz soll in den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde von Verfassung wegen ein zweigliedriger (administrativer) Instanzenzug bestehen. Wie sich nicht zuletzt aus (dem vorgeschlagenen) Artikel 118, Absatz 4, erster Satz ergibt, handelt es sich bei diesem Instanzenzug um einen innergemeindlichen, dieser verläuft also zwischen Organen der Gemeinde; ein Instanzenzug an Verwaltungsorgane außerhalb der Gemeinde kommt somit von vornherein nicht in Betracht. Durch die zuständige (Bundes- oder Landes-)Gesetzgebung (vergleiche , den vorgeschlagenen Artikel 115, Absatz 2,) kann dieser Instanzenzug ausgeschlossen werden." Die Zuständigkeit zum Ausschluss des zweistufigen administrativen Instanzenzuges auf Gemeindeebene "bestimmt sich" dabei gemäß Artikel 115, Absatz 2, Satz 2 B-VG "nach den allgemeinen Vorschriften dieses Bundesverfassungsgesetzes"; dh sie liegt beim jeweils zuständigen Materiengesetzgeber (Stolzlechner, in Kneihls/Lienbacher, Rill-Schäffer-Kommentar B-VG Artikel 115, Rz 17; Eberhard, in Fischer ua, Handbuch der Verwaltungsgerichtsbarkeit Rz 5).

Nach Art. 22a Abs 4 B-VG sind die näheren Regelungen auch in den Angelegenheiten, in denen die Gesetzgebung den Ländern zusteht, durch Bundesgesetz zu treffen, soweit ein Bedürfnis nach Erlassung einheitlicher Vorschriften als vorhanden erachtet wird. Nach Artikel 22 a, Absatz 4, B-VG sind die näheren Regelungen auch in den Angelegenheiten, in denen die Gesetzgebung den Ländern zusteht, durch Bundesgesetz zu treffen, soweit ein Bedürfnis nach Erlassung einheitlicher Vorschriften als vorhanden erachtet wird.

Nach Ansicht des antragstellenden Verwaltungsgerichtes besteht bei Veröffentlichungen von Informationen von allgemeinem Interesse und beim Recht auf Zugang zu Informationen eine grundsätzliche Zuständigkeit des Bundesgesetzgebers. Es liege sohin im Zuständigkeitsbereich des Bundesgesetzgebers, den von Verfassungswegen grundsätzlich bestehenden zweistufigen administrativen Instanzenzug auf Gemeindeebene im eigenen Wirkungsbereich innerhalb der Schranken des Art. 22a B-VG allenfalls auszuschließen. Nach Ansicht des antragstellenden Verwaltungsgerichtes besteht bei Veröffentlichungen von Informationen von allgemeinem Interesse und beim Recht auf Zugang zu Informationen eine grundsätzliche Zuständigkeit des Bundesgesetzgebers. Es liege sohin im Zuständigkeitsbereich des Bundesgesetzgebers, den von Verfassungswegen grundsätzlich bestehenden zweistufigen administrativen Instanzenzug auf Gemeindeebene im eigenen Wirkungsbereich innerhalb der Schranken des Artikel 22 a, B-VG allenfalls auszuschließen.

Ein derartiger Ausschluss ist jedoch nach Ansicht des Landesverwaltungsgerichtes Steiermark im

Informationsfreiheitsgesetz positiv-rechtlich nicht ausdrücklich und eindeutig erfolgt. § 11 Abs 2 IFG sieht nach Ansicht des Verwaltungsgerichtes „lediglich“ eine Verkürzung der Entscheidungsfrist auf binnen zwei Monaten vor und verkürzt auch „nur“ die Frist zur Erlassung einer Beschwerdevorentscheidung und sieht generell vor, dass die Behörde dem Verwaltungsgericht die Beschwerde unter Anschluss der Akten des Verwaltungsverfahrens unverzüglich vorzulegen hat. Ein Ausschluss des zweistufigen Instanzenzuges im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde erfolgte damit wohl nicht bzw. nicht in der gebotenen Klarheit und Unmissverständlichkeit. Ein derartiger Ausschluss ist jedoch nach Ansicht des Landesverwaltungsgerichtes Steiermark im Informationsfreiheitsgesetz positiv-rechtlich nicht ausdrücklich und eindeutig erfolgt. Paragraph 11, Absatz 2, IFG sieht nach Ansicht des Verwaltungsgerichtes „lediglich“ eine Verkürzung der Entscheidungsfrist auf binnen zwei Monaten vor und verkürzt auch „nur“ die Frist zur Erlassung einer Beschwerdevorentscheidung und sieht generell vor, dass die Behörde dem Verwaltungsgericht die Beschwerde unter Anschluss der Akten des Verwaltungsverfahrens unverzüglich vorzulegen hat. Ein Ausschluss des zweistufigen Instanzenzuges im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde erfolgte damit wohl nicht bzw. nicht in der gebotenen Klarheit und Unmissverständlichkeit.

Auch hat der Steiermärkische Landesgesetzgeber den gemeindeinternen Instanzenzug erst ab 27.02.2026 ausgeschlossen, in § 93 Abs. 2 Ste

Quelle: Landesverwaltungsgericht Steiermark LVwg Steiermark, <http://www.lvwg-stmk.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at